

„Nicht auf dem Altar des Freihandels“

Interview. Der scheidende Spar-Chef, Gerhard Drexel, über anspruchsvollere Konsumenten, problematische Freihandelsabkommen und die Rolle der Biolandwirtschaft in Österreich.

VON RAINER NOWAK
UND DAVID FREUDENTHALER

Die Presse: Sie legen mit Jahreswechsel Ihre Position als Spar-Vorstand zurück. Fällt es Ihnen leicht, ausgerechnet in einer derart außergewöhnlichen Situation von Bord zu gehen?

Gerhard Drexel: Ich kann beruhigt loslassen, weil die Spar in besserer Verfassung ist. Ich habe 1990 als Vorstand begonnen, und dieses letzte Jahr war in jeder Hinsicht ein ganz besonderes, da war alles dabei. Das war auch für mich persönlich äußerst wertvoll, und wir alle konnten zeigen, was in uns steckt. Und ausgerechnet in diesem Jahr der totalen Anspannung sind wir Marktführer geworden und haben erstmals in der Geschichte die Rewe überholt.

Das hohe Lied der Supermarktkassiererin ertönt nicht nur von Ihnen, sondern auch aus der Politik. Man hat aber den Eindruck gewonnen, dass dieser Applaus eher ein rhetorischer war als ein finanzieller.

Unsere Mitarbeiter haben unseren höchsten Respekt verdient und auch bekommen. Wir hatten in diesen Wochen des Lockdowns sogar eine geringere Krankheitsquote als in normalen Zeiten. Ich bin unheimlich stolz auf unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, vor allem im Verkauf. Sie sind zu Recht von der Öffentlichkeit als Heldinnen und Helden des Alltags gefeiert worden. Sie standen auf einmal in einer Reihe mit dem medizinischen Personal – mit Ärzten, Chirurgen und Krankenpflegern.

Von Respekt und Sozialprestige kann man sich halt nur bedingt etwas kaufen.

Wir haben heuer zweimal eine Prämie ausbezahlt. Die erste im April, die zweite im November, und zwar in der Größenordnung von über 13 Millionen Euro. Damit haben wir eine der höchsten Prämien von allen österreichischen Handelsunternehmen ausgezahlt.

Sie waren 31 Jahre Vorstand von Spar. Schauen die Konsumenten in erster Linie immer noch auf den Preis oder geht die Entwicklung tatsächlich mehr in Richtung Qualität und Bio, wie uns das das ständige Marketing-Gelöse glauben machen will?

Der heutige Konsument ist viel facettenreicher als noch vor zehn, 20 Jahren. Jeder einzelne Konsument hat ein ganzes Bündel an Konsumbedürfnissen. Das beginnt bei ganz günstigen Waren und geht bis zu höherpreisigen Bio- und Premiumprodukten. Das Bedürfnis nach günstigen Preisen wird es immer geben. Die Konsumenten sind aber anspruchsvoller geworden. Das macht unsere Arbeit interessant.

Welche Segmente sind heute wichtiger – das hochpreisige Bio-Sortiment oder doch eher günstigere Produkte?

Wir versuchen, mit unseren Eigenmarken alle Bedürfnisse abzudecken. Mit dem höherpreisigen Spar Premium sind wir seit Jahresbeginn um 25 Prozent gewachsen, mit dem günstigeren S-Budget um 22 Prozent. Insgesamt haben wir



Gerhard Drexel konnte in seinem letzten Jahr als Spar-Chef erstmals Konkurrent Rewe als Marktführer ablösen.

[Michael Appelt]

heuer im Lebensmittelhandel ein Umsatzplus von 16 Prozent.

Das ist wohl auch der Schließung der Gastronomie zu verdanken. Teilweise ja. Uns wäre aber eine geöffnete Gastronomie viel lieber.

Durch die Coronakrise rückte die Regionalität der Produkte wieder mehr in den Vordergrund. Ist das der großen Masse tatsächlich wichtig?

Regionale Produkte boomen derzeit gewaltig. Und vor allem Bio geht durch die Decke. Je unsicherer die Welt wird wegen Umweltverschmutzung, Glyphosat und anderen Giften, die in die Nahrung kommen könnten, desto mehr orientieren sich die Konsumenten an Bio. Weil da wissen sie, dass kein Gift und keine Pestizide drinnen sind. Und generell boomen regionale Lebensmittel derzeit gewaltig. Das müssen gar nicht immer biologisch erzeugte Produkte sein. Oft werden regionale Produkte von Konsumenten als höherwertiger eingestuft als biologisch erzeugte Produkte, die nicht aus der Region kommen.

Vor allem beim Fleisch gibt es eine riesige Preisspanne. Das regionale Biofleisch ist oft ein Vielfaches teurer als das herkömmliche. Ist das nicht eine Zwei-Klassen-Konsumgesellschaft? Unser gesamtes Rind-, Kalb- und

ZUR PERSON

Gerhard Drexel (geboren 1955) legt mit Jahreswechsel seine Position als Spar-Vorstand zurück und scheidet damit aus dem operativen Geschäft des Handelskonzerns aus. Der gebürtige Vorarlberger war seit 1990 im Vorstand der Spar Holding AG, 20 Jahre davon als Vorstandsvorsitzender.

Als Miteigentümer wird Gerhard Drexel dem Handelskonzern weiterhin erhalten bleiben. Mit Anfang 2021 übernimmt er den Vorsitz des Aufsichtsrates. Als Nachfolger von Drexel wird Fritz Poppe (54) neuer Vorstandsvorsitzender der Spar Holding AG.

Schweinefleisch kommt seit 25 Jahren zu 100 Prozent aus Österreich und ist mit dem AMA-Gütesiegel ausgezeichnet. Aber Sie haben völlig recht, dass Biofleisch eben teurer ist als konventionelles Fleisch. Auch gerade preisbewusste Kunden kaufen bei uns am liebsten regionales Fleisch. Wenn es aus der Region kommt, dann muss es nicht immer bio sein.

Sie waren in den vergangenen Jahren einer der wenigen Konzernchefs in diesem Land, die sich offensiv an der politischen Diskussion um den Freihandel beteiligt haben. Sie haben damals ganz klar gegen das Freihandelsabkommen mit den USA Stellung bezogen. Sind Sie prinzipiell gegen den freien Handel? Ich wurde hier oft missverstanden.

Freihandel ist prinzipiell etwas Gutes und hat vielen Volkswirtschaften Wohlstand gebracht. Ich habe aber immer sehr klar auf die Missstände hingewiesen, die Freihandelsabkommen mit sich bringen können, wenn sie schlecht konzipiert sind. Nehmen wir als Beispiel Mercosur: Wenn auf dem Altar des Freihandels der Amazonas brandgerodet wird, um riesige Flächen für Rinderfarmen freizumachen, wo die Rinder dann mit Wachstumshormonen hochgezüchtet werden und als Billigfleisch den europäischen und damit auch den österreichischen Markt fluten, da spielen wir nicht mehr mit. Es kann nicht sein, dass die österreichischen Konsumenten und vor allem unsere kleinstrukturierte Landwirtschaft einstecken müssen, nur damit die Deutschen ihre Autos zollfrei nach Brasilien und Argentinien liefern können.

Also kein Freihandel für Industrieprodukte im Austausch gegen eine beeinträchtigte Landwirtschaft?

Es gäbe eine elegante Lösung für die umstrittenen Freihandelsabkommen. Die Landwirtschaft und der Lebensmittelbereich sollten einfach ausgenommen werden.

Dann wären die ärgsten Giftzähne gezogen.

Sollten die Unternehmen mehr Verantwortung für eine nachhaltige Produktion übernehmen müssen?

Ja, grundsätzlich schon. Aber es sollte nicht alles reguliert werden, was man regulieren kann, dann erstickten die Unternehmen in Bürokratie.

Die österreichische Landwirtschaft ist eine der bestsubventionierten weltweit. Läuft das gut Ihrer Meinung nach oder sollte man daran etwas ändern?

Für die Würde unserer Landwirte ist es nicht gut, wenn sie auf Subventionen der Politik angewiesen sind. Das ist nicht der richtige Weg. Es sollten nur jene Entwicklungen, die für die Zukunft notwendig sind, durch entsprechende rechtliche Rahmenbedingungen gefördert werden. Vor allem die Biolandwirtschaft sollte mit hoher Priorität maximal unterstützt werden. Dann würde es eine Vielzahl der Probleme, die die heutige Landwirtschaft hat, nicht mehr geben. Die offizielle Landwirtschaftspolitik hat Bio in den letzten Jahren aber bei Weitem nicht so forciert, wie sie es hätte tun sollen.

Ein anderes großes Thema, das den Handel derzeit beschäftigt, ist der Onlinehandel. Glauben Sie, dass große internationale Konzerne wie Amazon auch in das österreichische Lebensmittelgeschäft einsteigen könnten?

Frische, gekühlte Lebensmittel in Österreich zuzustellen ist derzeit nicht kostendeckend möglich. Ich glaube daher nicht, dass Amazon damit so rasch nach Österreich kommen wird. Wir haben in Österreich die zweithöchste Ladendichte Europas. Mit unserem Online-shop haben wir heuer ein Umsatzwachstum von mehr als 60 Prozent erreicht. Und trotzdem decken die Erlöse die anfallenden Kosten aber nicht. Das wird auch noch eine Weile so bleiben.

AK: Vermögen in Österreich ungleich verteilt

Reichstes Prozent besitzt 39 Prozent des Vermögens.

Wien. Das Vermögen in Österreich ist laut einer Arbeiterkammer-Studie noch ungleicher verteilt als bisher ermittelt. Beziehe man nämlich die Superreichen mit ein, so besitze das reichste Prozent der Bevölkerung 39 Prozent des Privatvermögens. Die ärmere Hälfte der Bevölkerung verfüge nur über drei Prozent des Vermögens. Die Arbeiterkammer (AK) fordert eine Vermögenssteuer.

Die Vermögenserhebung der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) zu den Nettovermögen berücksichtige die Superreichen nicht, da diese nicht erfasst würden. Zu diesem Schluss kommt der Ökonom Jakob Kapeller in einer Studie, die im Auftrag von AK Wien und AK Niederösterreich erstellt wurde. Nehme man die reichsten Österreicher von der jährlichen Liste des Magazins „Trend“ und rechne sie in die Gesamterhebung ein, so würden sich die Ergebnisse verschieben: Die Ungleichheit bei der Vermögensverteilung werde stärker.

Laut der AK-Studie, berechnet für 2017, vergrößert sich dadurch das gesamte geschätzte Privatvermögen in Österreich um circa 25 Prozent auf 1249 Mrd. Euro. Das reichste Prozent der Bevölkerung besitzt 39 Prozent, die gesamte untere Hälfte der Bevölkerung 2,8 Prozent. Viele hätten negatives Vermögen, seien also verschuldet. Im statistischen Durchschnitt hingegen habe jeder Haushalt 318.000 Euro Vermögen. (APA)

Deutsche Staatsschulden auf Höchststand

Ausschlaggebend waren Maßnahmen gegen Corona.

Berlin. Die immensen Corona-Kosten treiben die deutschen Staatsschulden in nie da gewesene Höhen. Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung einschließlich aller Extrahaushalte standen Ende September mit der Rekordsumme von 2195,1 Milliarden Euro in der Kreide, wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilte. Das sind 15,6 Prozent oder 296,4 Mrd. Euro mehr als Ende 2019. „Der Anstieg ist im Wesentlichen in der Aufnahme finanzieller Mittel für Maßnahmen zur Bewältigung der Coronakrise begründet“, erklärten die Statistiker. Seit Ende 2012 waren die Verbindlichkeiten kontinuierlich gesunken, ehe in diesem Frühjahr wegen Corona wieder ein erster Anstieg verzeichnet wurde.

Verglichen mit anderen Ländern ist die Schuldenlast trotz des Rekordwerts immer noch vergleichsweise gering. Die OECD geht davon aus, dass die deutschen Staatsschulden heuer bei 74 Prozent des BIPs landen werden. (Reuters)